

Unrecht öffentlich machen

In Kolumbien handeln Menschenrechtsorganisationen jetzt gemeinsam

Wer sich in Kolumbien für Gerechtigkeit einsetzt, lebt gefährlich. 32 Nichtregierungsorganisationen haben sich mit Unterstützung von zwei AGEH-Fachkräften des Zivilen Friedensdienstes im Oktober 2007 zusammengetan, um als Netzwerk eine größere Wirkung in ihrer Gesellschaft zu erreichen.

Angela Merkel erwies sich als angenehmer Gast für den kolumbianischen Präsidenten Álvaro Uribe, als sie im Mai Bogota besuchte. Die Bundeskanzlerin würdigte die Fortschritte, die Kolumbien in den letzten Jahren gemacht habe, „ausgehend von doch sehr schwierigen Bedingungen“ und zeigte sich beeindruckt vom wirtschaftlichen Wachstum des Landes. Dass Staatsanwälte derzeit gegen mehr als 60 Parlamentarier ermitteln wegen Verbindungen zu Paramilitärs, wertete sie als Zeichen für eine Justiz, die zu funktionieren beginnt.

„Doch die Menschenrechtssituation ist nach wie vor katastrophal“, sagt Christof Wunsch, 40, seit 2002 als Fachkraft des Zivilen Friedensdienstes der Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe (AGEH) in Kolumbien. „Außerhalb von Bogota ist es lebensgefährlich, sich für Menschenrechte einzusetzen.“ Das liegt unter anderem an den „neuen“ Paramilitärs, die sich meist als Águilas negras (Schwarze Adler) bezeichnen. Sie sind sozusagen die Erben früherer Gruppen, die unter Uribe im Rahmen eines umstrittenen Amnestiegesetzes die Waffen niedergelegt haben – oft handelt es sich um ein- und dieselben Männer. Doch auch linke Guerillagruppen bedrohen die Arbeit der Menschenrechtler. „Wer sich sozial oder für Gerechtigkeit engagiert, ist stigmatisiert“, berichtet Wunsch, der in Bogota für die Fundación Podion arbeitet, ein kirchennahes Beratungs- und Weiterbildungsinstitut. „Man gilt nicht nur als verrückt oder lebensmüde, sondern auch als subversiv.“

Schritt aus der Isolation

Vernetzung scheint unter solchen Umständen besonders notwendig. „Es bietet einen gewissen Schutz, sich als Teil eines großen Ganzen für Menschenrechte einzusetzen“, erklärt der Diplom-Sozialarbeiter aus Giesen. Das finden auch die 32 Organisationen – Sozialpastoralen und NGOs –, die sich im Oktober 2007 zusammengeschlossen haben und das Nationale Netz für Demokratie und Frieden bilden (Red Nacional en Democracia y Paz). Keimzelle der Zusammenarbeit waren die Friedensschulen, die Wunsch und sein Kollege Reiner



In der Gemeinschaft liegt die Stärke: Christof Wunsch im Gespräch mit vier Teilnehmern des jüngsten Netzwerk-Treffens in Fusagasuga in der Nähe von Bogota.

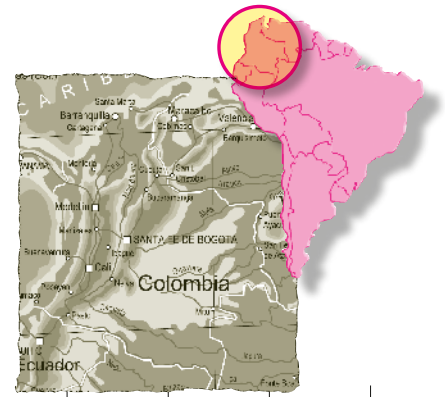
Fotos: Peter Marz

Ort koordinieren. Seit fünfeinhalb Jahren studieren dort Multiplikatoren aus allen Landesteilen. „Wir haben insgesamt über 180 Leute aus mehr als 30 Organisationen ausgebildet“, bilanziert Ort, seit 2006 Koordinator für den Zivilen Friedensdienst in Kolumbien. Der Diplom-Pädagoge und -Sozialarbeiter stammt aus Schweinfurt und lebt bereits seit 1997 in Südamerika. Seine ersten Stationen waren Bolivien und Peru. „Das Netzwerk entstand auf Initiative der von uns ausgebildeten Mitarbeiterteams, die sich in ihren Regionen isoliert und alleingelassen fühlten.“ Das hat teilweise schon geographische Gründe: So ist zum Beispiel Mitú, die Hauptstadt der Provinz Vaupés, nur mit dem Flugzeug zu erreichen – die Stadt liegt mitten im Regenwald.

Stärkung des sozialen Gefüges

„Der Wunsch, sich zu vernetzen, bestand bei den Friedensschulen schon seit längerem“, berichtet Reiner Ort. Die Notwendigkeit von Erfahrungsaustausch – wissen,

was die anderen machen, von anderen lernen – spielt eine wichtige Rolle. Ein Punkt, den Mitglieder jüngst bei einem Treffen ansprachen, lautete bezeichnenderweise: „Wie man mit Angst umgeht.“ Angst, die nicht unbegründet ist: im September 2001 erschossen bezahlte Killer in der Pazifikstadt Tumaco Yolanda Cerón, die Direktorin der zum Netzwerk gehörenden Sozialpastorale. Vor der Kirche und am helllichten Tag. „Die zwei Mörder konnten in aller Ruhe mit dem Flugzeug abreisen“, sagt Jaime Díaz, der Direktor von Podion. „Yolanda hatte sich für das Recht auf Land der afrokolumbianischen Bevölkerung eingesetzt. Deshalb musste sie sterben.“ Die mehrheitlich von Schwarzen bewohnte Hafenstadt ist heute kaum sicherer: im vergangenen Jahr wurde durchschnittlich jeden Tag ein Mensch ermordet, wie Reiner Ort von Gustavo Girón erfahren hat, dem Bischof von Tumaco. Oft handelt es sich um Abrechnungen unter Drogenhändlern. In diesem schwierigen Umfeld wird demnächst eine ZFD-Fachkraft Theaterarbeit mit der vom bewaffneten Konflikt besonders betroffenen Bevölkerung machen. „Das Netz ist notwendig, weil Räume fehlen, wo wir uns ausdrücken und Demokra-



tie üben können“, sagt Luis Montero aus Cartagena, verantwortlich für die landesweite Koordination des Netzwerks. Er ist für Aprodic tätig, eine Menschenrechtsorganisation mit sozialwirtschaftlichem Schwerpunkt. „Wir hoffen, dass das Netz zu einem Kanal wird, mit dem wir größere Wirkung in der Gesellschaft erzielen können. Die Menschenrechte müssen aus dem Alltag heraus gefördert werden.“

Gemeinsam haben Delegierte der 32 Organisationen ein Ziel formuliert: das Netzwerk dient der „Stärkung des sozialen Gefüges“ im Wirkungskreis der jeweiligen Mitglieder, „um eine Friedensbewegung zu fördern, deren Ausgangspunkt die Achtung der Menschenrechte und die Herstellung sozialer Gerechtigkeit“ sein soll.

Gespaltenes Land

Keine leichte Aufgabe, denn Kolumbien ist ein gespaltenes Land. Dies zeigte sich auch bei den großen Demonstrationen im Februar und März: eine richtete sich gegen die linke FARC-Guerilla und ignorierte die zahlreichen Opfer von Paramilitärs und staatlicher Gewalt. Gerechtigkeit für letztere forderte dann erst die zweite Aktion. Gerade in ländlichen Regionen halten sich die Menschen jedoch zurück mit öffentlichem Protest. „Jeder kümmert sich um seine eigenen Angelegenheiten und versucht, möglichst wenig aufzufallen“, hat Christof Wunsch beobachtet. „Der lange Bürgerkrieg hat die Zivilgesellschaft stark polarisiert. Alles, was nach sozialer Organisation riecht, ist systematisch zerschlagen worden. Das soziale Gefüge in den Gemeinden wurde von bewaffneten Akteuren zerstört.“ Das Netzwerk soll helfen, diese „Atomisierung der Zivilgesellschaft zu überwinden und für gewisse Grundziele zusammenzuarbeiten wie Frieden, Gerechtigkeit, Wiedergutmachung“, sagt Wunsch. „Es soll dazu dienen, die Arbeit vor Ort zu potenzieren und auf ein anderes Niveau zu heben, beispielsweise Menschenrechts-Verletzungen nicht nur auf lokaler Ebene anzuzeigen, sondern auch auf nationaler und internationaler Ebene.“ Reiner Ort und Christof Wunsch sind sich einig: „Es ist in Kolumbien ein Unterschied, ob ein

Übergriff von einem angezeigt wird oder von 32.“

Internationale Partner bieten Schutz

Wie sehen die beiden Deutschen ihre Rolle für das Netzwerk? „Wir begleiten das Ganze, sind wichtiger Bestandteil bei der konzeptuellen Ausarbeitung, Planung und Durchführung, und arbeiten eng mit der nationalen Koordination des Netzwerks zusammen.“ Besonders wichtig in Kolumbien: internationale Partner geben den einheimischen Organisationen mehr Sicherheit, üben eine gewisse Schutzfunktion aus – und sorgen dafür, dass ausländische Diplomaten den Kolumbianern mehr Gehör schenken.

„Man kann aber noch wenig über Resultate dozieren“, sagt Christof Wunsch. „Das Netzwerk steckt noch in den Kinderschuhen.“ Und doch: Martha Currea von der Pastoral Social in Puerto Gaitán (Provinz Meta) berichtet von einem Fall, in dem das Netzwerk ihrer Meinung nach einen bedeutenden Beitrag geleistet hat. Zehn Indio-Familien vom Volk der Sikuani, rund 50 Menschen, bewohnen seit 70 Jahren ein Stück Land in der Nähe von Puerto Gaitán. Sie leben in Holzhiitten, schlafen in Hängematten und ernähren sich von Ackerbau – Maniok vor allem – Fischerei und Jagd. Im Februar 2008 erschienen plötzlich Fremde mit Grundbriefen des kolumbianischen Entwicklungsinstituts INCODER: Die Indios sollten ihren Besitz, rund 5000 Hektar, räumen. Doch die Sikuani beschlossen, zu bleiben und die Rechtmäßigkeit der Ansprüche überprüfen zu lassen. Als sie eines Tages vom Fischen zurückkehrten – niemand war im Dorf geblieben – fanden sie keine Hiitten vor, sondern nur verkohlte Reste. Brandstiftung. Martha und ihre Kollegen setzten alle Hebel in Bewegung und informierten unter anderem das Netzwerk. Die Meldung ging an die regionale Koordination in der Provinzhauptstadt Villavicencio und von dort an die anderen Organisationen. So wurde es möglich, dass die nationale Koordination des Netzwerks eine Eilaktion ausschied und dazu aufrief, Briefe an den



Internationale Partner üben eine gewisse Schutzfunktion aus: Reiner Ort mit Carlos Alberto Moreno, der im nationalen Netzwerk für die Kommunikation zuständig ist.

Präsidenten und den Landwirtschaftsminister zu schreiben. Auch El Tiempo, eine der zwei großen landesweiten Tageszeitungen, berichtete über den Fall. „All das“, sagt Martha, „hat das INCODER unter Druck gesetzt.“ Beamte hätten hinter vorgehaltener Hand zugegeben, dass es bei der Vergabe der Grundbriefe Fehler gab. „Und von den angeblichen Eigentümern hat man seit der Eilaktion nichts mehr gehört, obwohl sie gedroht hatten, an Ostern zurückzukommen.“ Auch dies führt Marta auf den öffentlichen Druck zurück.

Der Fall liegt in den Händen der Justiz, die noch keine Entscheidung getroffen hat. Doch eines der allgemeinen Ziele des Netzwerks ist offensichtlich schon jetzt erreicht: „Die Leute vor Ort spüren, dass sie auf nationaler Ebene Gehör finden können“, sind sich Ort, Wunsch und Currea einig. „Es ist für uns alle wichtig, zu wissen, dass wir nicht alleine sind. In der Gemeinschaft liegt unsere Stärke, gerade in Kolumbien, wo vielerorts die Menschenrechte mit Füßen getreten werden.“

Peter Marz

Peter Marz ist freier Journalist und lebt in Kolumbien.